



AVE

Außenhandelsvereinigung
des Deutschen Einzelhandels e.V.

AVE-Rundschreiben 11/2014

Berlin, 16. Juli 2014

1. HANDELS- UND ZOLLPOLITIK

1.1. Italienische Ratspräsidentschaft: Augenmerk auf Exportpolitik und Produktsicherheit

1.2. Vietnam: Verhandlungen über das Handelsabkommen in der Schlussphase

1.3. Transatlantisches Freihandelsabkommen: Handel beteiligt sich an Konsultation der Kommission

2. UMWELT- UND VERBRAUCHERANGELEGENHEITEN

2.1. Auch FTA lehnt Vorschlag für Textil-Siegel der Bundesregierung ab

AVE-Rundschreiben 11/2014

1. HANDELS- UND ZOLLPOLITIK

1.1. Italienische Ratspräsidentschaft: Augenmerk auf Exportpolitik und Produktsicherheit

Nach dem Ende der griechischen EU-Präsidentschaft übernimmt Italien vom 1. Juli bis 31. Dezember 2014 den Vorsitz im Ministerrat. Eine Hauptaufgabe der EU-Ratspräsidentschaft ist die Festsetzung von politischen Prioritäten für die Dauer des Vorsitzes. Wenig überraschend setzt das Programm in Bezug auf die Handelspolitik die Vorgabe aus, europäische Ausfuhren zu fördern und das Prinzip der Reziprozität zu verstärken, nach dem ausländische Importe in die EU nicht besser gestellt werden sollen als europäische Exporte in das entsprechende andere Land.

Wesentliche Priorität wird es sein, die laufenden Gespräche mit den USA und Japan für Handelsabkommen sowie die Verhandlungen mit China für einen Investitionsvertrag zu beschleunigen. Ferner wird Italien den Abschluss des noch anhängigen Gesetzgebungsvorschlages zur Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente anstreben sowie die Möglichkeiten erörtern, die Diskussion zum Kommissionsvorschlag, der eine gemeinschaftliche Angleichung von Zollverstößen und -strafen vorsieht, fortzuführen.

Der Ratsvorsitz verfolgt ebenfalls das Ziel, das Paket zur Verbraucherproduktsicherheit und Marktüberwachung annehmen zu lassen. Laut Programm der Präsidentschaft stellen verbindliche Regeln für den Warenursprung eine wesentliche Verbesserung des Verbraucherschutzes dar. Allerdings wird dieses Legislativprojekt derzeit aufgrund mangelnder Unterstützung im Rat blockiert.

Die AVE wird in engem Austausch mit dem Ministerrat bleiben, um zu versuchen, dass Gesetzesvorhaben, die gegen unsere Interessen stehen, wie etwa zur Modernisierung der Handelsschutzinstrumente und der Produktsicherheit, weiterhin keine Mehrheit mehr finden.

Pierre Gröning

AVE-Rundschreiben 11/2014

1.2. Vietnam: Verhandlungen über das Handelsabkommen in der Schlussphase

Die achte Verhandlungsrunde über das Handelsabkommen zwischen der EU und Vietnam fand vom 23. bis 27. Juni 2014 in Brüssel statt. Laut Kommission, die die Verhandlungen seitens der EU führt, wurden bei den Treffen sehr gute Resultate und ein solider Fortschritt in den meisten Kapiteln erzielt.

Keine wesentliche Annäherung konnte bei den Gesprächen zu den Ursprungsregeln, einem zentralen Element der Verhandlungen, erreicht werden. Die ursprüngliche vietnamesische Forderung, das Prinzip des einfachen Verarbeitungsprozesses („single transformation“) anzuwenden, wird von der Kommission kategorisch abgelehnt, weil dadurch – de facto – der europäische Markt für chinesische Waren geöffnet würde. Ein möglicher Kompromissvorschlag könnte regionale Kumulierung mit ASEAN-Staaten und Korea sowie gegebenenfalls Japan ermöglichen. Die AVE steht weiterhin für ein ambitioniertes Ergebnis in diesem Verhandlungsabschnitt ein.

Beide Seiten wollen die Verhandlungen noch Ende diesen Jahres abschließen und eine politische Entscheidung bereits im Oktober treffen. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, werden technische Sitzungen im August und eine komplette Verhandlungsrunde Ende September abgehalten. Der Blick auf Handelsverhandlungen mit anderen Staaten zeigt jedoch, dass die vorgegebenen Zeitfenster selten eingehalten werden. Sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind, müssen die Vereinbarungen – um Wirksamkeit zu erlangen – ratifiziert werden. Dieser Prozess dauert in der Regel ein bis zwei Jahre.

Pierre Gröning

1.3. Transatlantisches Freihandelsabkommen: Handel beteiligt sich an Konsultation der Kommission

[↑ TOP](#)

Im Rahmen der aktuellen Verhandlungen zu einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) hat die Europäische Kommission Interessenvertreter eingeladen, das geplante Kapitel zum Investitionsschutz zu kommentieren. In Zusammenarbeit mit der FTA nahm die AVE am 7. Juli 2014 an dieser Befragung teil, in erster Linie um sich für einen ehrgeizigen Rahmen der Investitionsvorschriften auszusprechen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Antwort ist unsere Unterstützung für das sogenannte

AVE-Rundschreiben 11/2014

Streitbeilegungsverfahren zwischen Investoren und einem Staat (ISDS). Hierbei handelt es sich um ein Rechtsinstrument, das Investoren befähigt, eine Klage vor ein Schiedsgericht zu bringen, sofern das Gastgeberland die Regeln zum Anlagenschutz gemäß dem TTIP nicht eingehalten hat. ISDS ist ein bewährtes Standardmerkmal in allen 1.400 Investitionsverträgen, die von EU-Mitgliedstaaten unterschrieben wurden. Diese Einrichtung wird dennoch von vielen Politikern und zivilgesellschaftlichen Akteuren stark kritisiert.

Während das Interesse des Handelssektors an Investitionsregeln in den USA begrenzt ist, hat die AVE aus hauptsächlich strategischen Gründen entschieden, an der Befragung teilzunehmen. Vor dem Hintergrund negativer Schlagzeilen um dieses Abkommen betrachten wir die aktuelle Diskussion über Investmentschutz als eine dogmatische Konfrontation zwischen den Fürsprechern des Freihandels und den Befürwortern einschränkender Regeln. Falls vom Prinzip des Schiedsgerichtes abgerückt wird, würde das sicherlich eine verheerende Signalwirkung für andere und zukünftige Verhandlungen, etwa mit China, geben.

Pierre Gröning

2. UMWELT- UND VERBRAUCHERANGELEGENHEITEN

[↑ TOP](#)

2.1. Auch FTA lehnt Vorschlag für Textil-Siegel der Bundesregierung ab

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller hat in einem Zeitungsinterview am 7. Juli 2014 seine Absicht bestätigt, bis zum Ende des Jahres ein Textil-Siegel für soziale und ökologische Standards einzuführen. Aus seiner Sicht würde ein solches Label sicherstellen, dass alle damit gekennzeichneten Kleidungsstücke unter guten Arbeitsbedingungen in der Lieferkette hergestellt wurden.

Im Rahmen dieses Projekts hat der Minister eine „Textilallianz“ ins Leben gerufen, die aus Vertretern der Textilbranche, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft zusammengesetzt ist, um einen Fahrplan zu entwickeln. In diesem Zusammenhang hat sich die AVE mehrfach deutlich gegen diese Initiative ausgesprochen. Angesichts der Komplexität heutiger Produktionsprozesse ist eine lückenlose Überprüfung der sozialen und ökologischen Standards an allen Gliedern der Lieferkette schlicht unmöglich.

Die FTA als europäischer Dachverband schließt sich nun der Haltung der AVE an und wird ihrerseits ebenfalls ein Argumentationspapier erarbeiten. Ein koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene zu Textil-Siegeln gewinnt an Bedeutung mit Blick auf einen Vorstoß der europäischen Kommission, über die Einführung eines EU-Siegels zu beraten.

AVE-Rundschreiben 11/2014

Pierre Gröning

[↑ TOP](#)